

Bebauungsplan „Hauptstraße 22 und 24“, Keltern-Weiler

Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

Auftraggeber:

Gemeinde Keltern
Weinbergstraße 9
75210 Keltern

Bearbeitung:

Ökologische Leistungen Fußer
Dr. Moritz Fußer
Rintheimer Str. 50
76131 Karlsruhe

Projektbearbeitung

Dr. Moritz Fußer, Dipl. Landschaftsökologie
Lena Laubscher, B. Sc. Wald und Umwelt
Tim Eller, B. Sc. Umweltsicherung

Karlsruhe, 16.09.2024

Impressum

Erstelldatum: September 2024
Letzte Änderung: 16.09.2024
Autor: Dr. Moritz Fußer
Seitenzahl: 17

© Copyright

Ökologische Leistungen Fußer – Dr. Moritz Fußer

Inhalt

1. Einleitung	3
1.1 Anlass und Vorhabensbeschreibung	3
1.2 Gebietsbeschreibung	3
1.3 Rechtliche Grundlagen	5
1.4 Relevante Wirkfaktoren des Vorhabens	7
1.5 Prüfschema	7
2. Vorprüfung: Auswahl der zu betrachteten Arten und Untersuchungsraum	8
3. Erfassung Fauna	11
3.1 Reptilien	11
3.2 Schmetterlinge	12
4. Konfliktanalyse	13
5. Artenschutzspezifische Maßnahmen	14
5.1 Vermeidungsmaßnahmen	14
6. Zusammenfassung	14
7. Fotodokumentation	15
8. Literatur	17
 Abbildung 1: Untersuchungsgebiet (Lageplan Maßstab: 1:500, lennermann krämer architekten Stadt 16.11.2023)	4
Abbildung 2: Hauptstr 22, Weiden (Salix spec) und Brombeerbestände	15
Abbildung 3: Hauptstr 22, Flächencharakter mit ruderaler Vegetation- und offenen, kiesigen Bereichen	15
Abbildung 4: Hauptstr 22, Brombeerbestände	16
Abbildung 5: Hauptstr 22, Kiesfläche mit angrenzender Hecke und Ruderalvegetation	16
Abbildung 6: Hauptstr 22, Flächencharakter mit Kiesanteil, Sommerflieder	17
Abbildung 7: Hauptstr 24, ruderalisierte Fläche	17
 Tabelle 1: Begehungsdaten Reptilien	11
Tabelle 2 Begehungsdaten Großer Feuerfalter	12

1. Einleitung

1.1 Anlass und Vorhabensbeschreibung

Die Gemeinde Keltern plant die Aufstellung des Bebauungsplans „Hauptstraße 22 und 24“ in Weiler. Auf dem Grundstück der Hauptstraße 22 sollen zukünftig Mehrgenerationenhäuser errichtet werden, während auf dem Grundstück der Hauptstraße 24 ein Kiosk sowie ein Praxisgebäude entstehen sollen.

Eine mögliche Betroffenheit geschützter Arten wird im folgenden Artenschutzgutachten abgehandelt.

1.2 Gebietsbeschreibung

Das Untersuchungsgebiet liegt im Ortskern von Keltern-Weiler im Enzkreis. Die Flächencharakteristik ist vorwiegend ruderal geprägt, wobei etwa ein Viertel der Fläche aus Kies besteht, ein weiteres Viertel von Gebüsch bedeckt ist (unter anderem mit Brombeeren, Sommerflieder und Weiden), während die restliche Hälfte der Fläche von einer ruderalisierten Wiese eingenommen wird. Die angrenzenden Grundstücke sind mit Wohnhäusern und Gärten bestanden.

Im Untersuchungsgebiet und den angrenzenden Flächen befinden sich keine FFH-Schutzgebiete.

Bebauungsplan „Hauptstraße 22 und 24“, Keltern-Weiler Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung



Abbildung 1: Untersuchungsgebiet (Lageplan Maßstab: 1:500, Ienermann Krämer Architekten Stadt 16.11.2023)

1.3 Rechtliche Grundlagen

Zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten vor anthropogenen Beeinträchtigungen wurden auf europäisch gemeinschaftlicher und nationaler Ebene umfangreiche Vorschriften erlassen. Auf europäischer Ebene ist der Artenschutz in der FFH-Richtlinie (Artikel 12, 13 und 16 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992) sowie in der Vogelschutzrichtlinie (Artikel 5 -7 und 9 der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vom 02.04.1979) verankert.

Aufgrund der Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Urteil vom 10.01.2006 (C-98/03) wurde das Bundesnaturschutzgesetz zum 12.12.2007 (BGBl I S 2873), in Kraft getreten, am 18.12.2007, geändert. Im März 2010 ist das neue Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in Kraft getreten (BGBl 2009 Teil I Nr. 51).

Der Bundesgesetzgeber hat durch die Neufassung der §§ 44 und 45 BNatSchG die europarechtlichen Regelungen zum Artenschutz, die sich aus der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ergeben, umgesetzt. Dabei hat er die Spielräume, die die Europäische Kommission bei der Interpretation der artenschutzrechtlichen Vorschriften zulässt, rechtlich abgesichert. Aufgrund Artikel 1 im Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver, gebietsfremder Arten wurde Bundesnaturschutzgesetz zum 15.09.2017 (BGBl I S 2873), in Kraft getreten, am 29.09.2017, geändert. Die generellen artenschutzrechtlichen **Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1** sind folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

- 1. wild lebenden Tieren der **besonders geschützten** Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- 2. wild lebende Tiere der **streng geschützten** Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
- 3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der **besonders geschützten** Arten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- 4. wild lebende Pflanzen der **besonders geschützten** Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote)."*

„Es ist ferner verboten,

1. Tiere und Pflanzen der **besonders geschützten** Arten in Besitz oder Gewahrsam zu nehmen, in Besitz oder Gewahrsam zu haben oder zu be- oder verarbeiten (Besitzverbote),

2. Tiere und Pflanzen der **besonders geschützten** Arten im Sinne des § 7 Absatz 2 Nummer 13 Buchstabe b und c

a) zu verkaufen, zu kaufen, zum Verkauf oder Kauf anzubieten, zum Verkauf vorrätig zu halten oder zu befördern, zu tauschen oder entgeltlich zum Gebrauch oder zur Nutzung zu überlassen,

b) zu kommerziellen Zwecken zu erwerben, zur Schau zu stellen oder auf andere Weise zu verwenden (Vermarktungsverbote).“

Mit der Erweiterung des § 44 BNatSchG durch den Absatz 5 für Eingriffsvorhaben wird eine akzeptable und im Vollzug praktikable Lösung bei der Anwendung der Verbotsbestimmungen des Absatzes 1 erzielt:

1 „Für nach § 15 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe von Satz 2 bis 5.

2 Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,

2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,

3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird

3 Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden.

4 Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend.

1.4 Relevante Wirkfaktoren des Vorhabens

Die ermittelten Wirkfaktoren beziehen sich nur auf artenschutzrechtlich relevante Artengruppen.

Baubedingte Wirkfaktoren

- Störungen durch Erschütterungen und Immission von Staub, Lärm u. ä.
- Temporäre und Flächeninanspruchnahme
- Verlust von Vegetationsstrukturen und Habitatfunktionen (temporär)

Anlagebedingte Wirkfaktoren

- Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Überbauung/Versiegelung
- Dauerhafter Verlust von Vegetationsstrukturen und Habitatfunktionen
- Veränderung der Licht- und Temperaturverhältnisse durch Überbauung

Betriebsbedingte Wirkfaktoren

- Optische und akustische Reize

1.5 Prüfschema

Das Prüfschema gliedert sich in

- die **Vorprüfung**, wobei relevante Arten ermittelt und eine Erheblichkeitsabschätzung (Potentialabschätzung) erfolgt,
- die **Konfliktanalyse**, wobei der Störungs- und Schädigungsverbote geprüft werden,
- die **Ausnahmeprüfung** (bei einer Schädigung und erheblichen Störung) zur Prüfung des günstigen Erhaltungszustands der beeinträchtigten Populationen, der Beschreibung von Maßnahmen zur Sicherung des günstigen Erhaltungszustands und ggf. der Formulierung von Alternativen.

2. Vorprüfung: Auswahl der zu betrachteten Arten und Untersuchungsraum

Aufgrund der möglichen Betroffenheit von geschützten Arten wurde der Geltungsbereich am 11.03.2024 einmalig begangen, um anhand der vorgefundenen Habitat- und Strukturausstattung mögliche Vorkommen planungsrelevanter Arten abzuschätzen.

Europäische Vogelarten

Auf den Flächen befinden sich keine älteren Gehölze und dichte Büsche, die Brutvögeln ausreichend Deckung bieten könnten. Durch Zunahme der Sukzession können höchstens die Brombeergestrüppe als potenzielle Bruthabitate genutzt werden. Auf Grund der Ausstattung des Gebietes und der innerörtlichen Lage mit angrenzenden Verkehrswegen und Wohnhäusern, kann höchstens mit einem Auftreten von ubiquitären Brutvogelarten gerechnet werden. Ein Vorkommen von wertgebenden und störungsempfindlichen Arten wird auf Grund der Vorbelastung der Grundstücke und der anthropogenen Überprägung ausgeschlossen werden. Ubiquitäre Vogelarten können bei der Baufeldfreimachung potenziell beeinträchtigt werden.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist somit für Brutvögel nicht auszuschließen.

Reptilien

Der Planbereich bietet für Reptilien unterschiedliche potenzielle Sonnen-, Versteck- und Eiablageplätze. Insbesondere die heterogenen Vegetationsstrukturen, sowie die ruderalisierte Wiese, die Brombeerhecken und Fliedergebüsche sind als potenzielle Habitate nicht auszuschließen. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass von den Gemäuern und Sperrgutstapeln der benachbarten Grundstücke Reptilien in die beiden Teilflächen einwandern können. Bei einer Überplanung kann es somit zu einer potenziellen Betroffenheit von Reptilien kommen.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist somit für Reptilien nicht auszuschließen.

Fledermäuse

Das Plangebiet bietet keine geeigneten Quartierstrukturen wie Gebäude oder Quartierbäume. Eine Eignung des Plangebietes als essenzielles Jagdgebiet kann auf Grund der Vorbelastung durch Lichtemissionen, der innerörtlichen Lage und der anthropogen überprägten Habitatausstattung ausgeschlossen werden. Essenzielle Jagdhabitats finden sich meist in altholzreichen Waldbeständen und entlang von Gewässern. Außerdem kann ein Vorhandensein von wichtigen Leitstrukturen ausgeschlossen werden.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist für Fledermäuse auszuschließen.

Weitere Säugetiere

Aufgrund der Habitatausstattung und der Verbreitung kann eine Betroffenheit von weiteren geschützten Säugetieren ausgeschlossen werden. Die Haselmaus braucht beispielsweise ausgedehnte arten- und strukturreiche Hecken und Gehölze mit größerer Ausprägung, ein Vorkommen ist wegen der Kleindimensionierung der Heckenbestände ausgeschlossen. Ein Vorkommen der Wildkatze oder des Bibers kann aufgrund der Habitatausstattung und Lage ausgeschlossen werden.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist für weitere Säugetiere auszuschließen.

Alt- und Totholzkäfer

Im Untersuchungsgebiet befinden sich keine potenziell geeigneten Alt- und Totholzstrukturen.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist somit für Alt- und Totholzkäfer auszuschließen.

Amphibien

Im Untersuchungsgebiet befinden sich keine (temporär) gewässerführenden Habitatstrukturen.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist somit für Amphibien auszuschließen.

Fische und Rundmäuler

Es sind keine Gewässer innerhalb des Untersuchungsgebietes betroffen.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist somit für Fische und Rundmäuler auszuschließen.

Schmetterlinge und weitere Arthropoden

Während der Übersichtsbegehung konnten keine Hinweise auf Futterpflanzen von geschützten Schmetterlingsarten festgestellt werden. In der fortschreitenden Vegetationsperiode sind allerdings oxalatarne Ampferpflanzen auf den Grundstücken aufgekommen, welche potenzielle Futterpflanzen des Großen Feuerfalters (*Lycaena obtusifolius*) darstellen. Weitere Nektar- und Futterpflanzen von weiteren geschützten Schmetterlingsarten wurden nicht festgestellt. Gewässer sind nicht betroffen, so dass eine Betroffenheit von Libellen ausgeschlossen werden kann.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist somit für den Großen Feuerfalter nicht auszuschließen.

Weichtiere (Schnecken und Muscheln)

Es sind keine Gewässer, Nasswiesen oder Seggenriede betroffen. Ein Vorkommen ist damit auszuschließen.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist somit für Weichtiere auszuschließen.

Pflanzen

Eine Betroffenheit geschützter Arten kann auf Grund der fehlenden Habitatausstattung ausgeschlossen werden, da es sich hierbei um Flächen ohne besondere Ausprägung handelt.

Eine vorhabenbedingte Betroffenheit ist somit für geschützte Pflanzen auszuschließen.

Aufgrund der Ausstattung des Plangebietes lässt sich eine Betroffenheit von ubiquitären Vogelarten, Reptilien und des Großen Feuerfalters nicht ausschließen.

3. Erfassung Fauna

Auf Grundlage der Relevanzprüfung wurde eine Erhebung zu Reptilien und des Großen Feuerfalters durchgeführt. Da nur mit einem Auftreten von ubiquitären Vogelarten gerechnet wird, und Betroffenheiten durch die Einhaltung der gesetzlichen Rodungsfristen ausgeschlossen werden können, wurden keine tiefergehenden Untersuchungen zur Artengruppe der Brutvögel gemacht.

3.1 Reptilien

Zur Erfassung von Reptilien wurden insgesamt vier Begehungen durchgeführt. Die Begehungen erfolgten bei optimaler Witterung. Dabei wurden die beiden Flächen langsam abgeschritten und mittels Sichtbeobachtungen nach Reptilien abgesucht. Die Begehungsdaten zu den Reptilienkartierungen können nachfolgender Tabelle entnommen werden.

Tabelle 1: Begehungsdaten Reptilien

Datum	Uhrzeit	Temperatur	Wind	Bewölkung
13.04.2024	11:30-13:30	20°C	0-1 Bft	1/8
14.05.2024	09:00-10:30	23°C	0-1 Bft	2/8
24.06.2024	11:00-13:00	25°C	1 Bft	3/8
15.08.2024	09:00-11:00	21-23°C	1 Bft	2-3/8

Ergebnisse

Bei den vier Begehungen konnten keine Reptilien oder Hinweise auf ein mögliches Vorkommen nachgewiesen werden.

Eine Betroffenheit von Reptilien ist somit nicht gegeben.

3.2 Schmetterlinge

Zur Erfassung des Großen Feuerfalters wurden insgesamt 4 Begehungen durchgeführt. An diesen 4 Terminen sind die oxalatarmen Ampferbestände nach Raupen und Eiern des Großen Feuerfalters abgesucht worden.

Tabelle 2 Begehungsdaten Großer Feuerfalter

Datum	Uhrzeit	Temperatur	Wind	Bewölkung
24.06.2024	11:00-13:00	26°C	1 Bft	3/8
02.07.2024	15:00-16:30	20°C	1 Bft	7/8
15.08.2024	11:00-12:30	23-25°C	1 Bft	3/8
29.08.2024	13:00-14:15	32°C	2 Bft	1-3/8

Ergebnisse

Es konnten keine Raupen oder Eier des Großen Feuerfalters nachgewiesen werden.

Eine Betroffenheit des Großen Feuerfalters ist somit nicht gegeben.

4. Konfliktanalyse

Die faunistischen Erfassungen ergaben keine Betroffenheiten von Reptilien oder des Großen Feuerfalters. Auf Grund der Habitatausstattung ist mit einem Auftreten von ubiquitären Vogelarten zu rechnen.

Verbotstatbestände nach § 44 (1) Abs. 1 BNatSchG (Verletzungs-/Tötungsverbot)

K1: Rodung von Gehölzen (Vögel):

Bei Rodungen von Gehölzen außerhalb der Brutperiode kann es zu Schädigungen von gehölzbewohnenden Vögeln kommen.

V1 Rodungen von Gehölzen zwischen 1. Oktober und 28. / 29. Februar

Verbotstatbestände nach § 44 (1) Abs. 2 BNatSchG (Störungsverbot)

Für ubiquitäre Vogelarten sind Störungen auf Populationsebene auszuschließen, da sie kleinräumig auf andere geeignete Habitate in räumlicher Nähe ausweichen können. Die potenziell vorkommenden Arten gelten als Kulturfolger und Siedlungsarten und sind somit als störungstolerant einzustufen.

K1: Rodung von Gehölzen (Vögel):

V1 Rodungen von Gehölzen zwischen 1. Oktober und 28. / 29. Februar

Verbotstatbestände nach § 44 (1) Abs. 3 BNatSchG (Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten)

Die wenigen vorhandenen und sehr jungen Gehölze stellen nur eingeschränkt eine mögliche Fortpflanzungs- und Ruhestätte für ubiquitäre Vogelarten dar. Die Tiere finden in den angrenzenden durchgrünzten Siedlungsbereichen weitere geeignete Bruthabitate und können daher kleinräumig ausweichen. Die Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt damit im räumlichen Zusammenhang gewahrt.

5. Artenschutzspezifische Maßnahmen

5.1 Vermeidungsmaßnahmen

V1 Rodungen von Gehölzen zwischen 1. Oktober und 28./29. Februar

Durch Rodungen können Vögel getötet und verletzt werden. Um dem vorzubeugen, ist eine zeitliche Regelung für Gehölzentfernungen einzuhalten. Gehölzentfernungen und -rückschnitte sind zum Schutz von Vogelbruten nur außerhalb der Fortpflanzungszeit von europäischen Brutvogelarten im Zeitraum zwischen 1. Oktober und 28./29. Februar durchzuführen (§39 (5) BNatSchG). Sind die Rodungszeiträume nicht einzuhalten, so ist durch eine ökologische Baubegleitung vor der Rodung sicher zu stellen, dass kein Brutgeschehen stattfindet und Vögel geschädigt werden können.

6. Zusammenfassung

Die faunistische Erfassung hat keine Betroffenheit geschützter Artengruppen festgestellt. Da höchstens mit einem Vorkommen von ubiquitären Brutvogelarten gerechnet wird, sind die gesetzlichen Rodungszeiträume einzuhalten.

Im Zuge der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung hat sich gezeigt, dass das geplante Vorhaben unter Beachtung und Umsetzung der als verbindlich geltenden Vermeidungsmaßnahmen unter den Gesichtspunkten der artenschutzrechtlichen Prüfung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG als zulässig einzustufen ist.

7. Fotodokumentation



Abbildung 2: Hauptstr 22, Weiden (*Salix spec*) und Brombeerbestände



Abbildung 3: Hauptstr 22, Flächencharakter mit ruderaler Vegetation- und offenen, kiesigen Bereichen



Abbildung 4: Hauptstr 22, Brombeerbestände



Abbildung 5: Hauptstr 22, Kiesfläche mit angrenzender Hecke und Ruderalvegetation



Abbildung 6: Hauptstr 22, Flächencharakter mit Kiesanteil, Sommerflieder



Abbildung 7: Hauptstr 24, ruderalisierte Fläche

8. Literatur

ALBRECHT, K., T. HÖR, F. W. HENNING, G. TÖPFER-HOFMANN & C. GRÜNFELDER (2014): Leistungsbeschreibungen für faunistische Untersuchungen im Zusammenhang mit landschaftsplanerischen Fachbeiträgen und Artenschutzbeitrag. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben FE 02.0332/2011/LRB im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Schlussbericht 2014.

BUNDESNATURSCHUTZGESETZ (BNATSCHG): Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 15.09.2017 (BGBl I S 2873), in Kraft getreten am 30. September 2017.

LUBW Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (2020): Informationssystem Zielartenkonzept.

LUBW Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (2020): Daten- und Kartendienst.